



Innenausschuss

45. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

26. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/7200	
	Vorlage 17/2363 Vorlage 17/2435	
	Einzelplan 03 – Ministerium des Innern	

¹ Vertraulicher Teil mit TOP 11 siehe vAPr 17/18.

- 2 Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW) 10**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7367
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion, sich nachrichtlich und nicht pflichtig an einer möglichen Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.
- 3 Weiterentwicklung des Opferschutzes in Nordrhein-Westfalen 11**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6742
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Rechtsausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 4 Erste Arbeitsergebnisse der Stabsstelle „Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie“ (Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 1]) 12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2458
- 5 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze 21**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320
- 6 Bodycams: Abschlussbericht der Evaluation des Pilotversuchs zur Erprobung des Einsatzes von Bodycams im täglichen Polizeidienst (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2409

- 7 Nach zweitem Tötungsdelikt am Kölner Ebertplatz: Fragwürdige Behauptung von Innenminister Reul zu Restaurantbetrieb** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **25**

In Verbindung mit:

Afrikaner liefern sich tödliche Auseinandersetzung mitten in Köln *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Und:

Welche zusätzlichen Maßnahmen werden zur Verbesserung der Situation am Kölner Ebertplatz ergriffen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2426

- 8 Personelle Stärkung der Kriminalpolizei – was plant der Innenminister konkret?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])* **27**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2463

- 9 Wie ist der Sachstand bei der Errichtung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2457

- 10 Verschiedenes** **31**

Der Ausschuss kommt überein, seinen Beschluss über die Durchführung einer Dienstreise im Januar 2020 nach Israel aufzuheben.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200

Vorlage 17/2363
Vorlage 17/2435

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

Minister Herbert Reul (IM) berichtet wie folgt:

Für mich sind die jährlichen Haushaltsberatungen immer auch Anlass, neu darüber nachzudenken, ob die Richtung stimmt und ob die Parameter im Navigationssystem nachjustiert werden müssen. Ich glaube, mit diesem Haushaltsentwurf setzt die Landesregierung richtigerweise ihren Kurs fort. Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen, war unser Auftrag, den wir übernommen haben.

Bei einer Haushaltsplanberatung darf man auch einmal zwei Jahre zurückblicken: Ich glaube, wir sind schon ein ganzes Stück vorangekommen, aber natürlich sind noch lange nicht alle Aufgaben erledigt. Ich möchte Sie jetzt nicht mit Zahlenkolonnen langweilen – die können Sie selbst nachlesen –, sondern mich auf ein paar Aspekte konzentrieren.

Wir haben in diesem Haushalt 347 Millionen Euro mehr, also zusätzliches Geld. Wir haben bei den Haushaltsberatungen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Haushaltslage insgesamt etwas schwieriger wird; deshalb ist das ein wichtiger Fakt. Dieses zusätzliche Geld eröffnet uns die Chance, in die Zukunft und damit in die Nachhaltigkeit unserer bisherigen Anstrengungen zur Stärkung der inneren Sicherheit zu investieren.

Insgesamt stehen meinem Ressort im Jahr 2020 6,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Zahl verdeutlicht, um welchen Riesenapparat es sich handelt und welche Aufgaben daran hängen. Das Geld wird nicht planlos ausgegeben, sondern gezielt. Wir werden auch weiterhin in Köpfe, Technik, Ausstattung und Digitales investieren.

Wie in den vergangenen Jahren bleiben wir bei der Zahl von 2.500 Kommissaranwärterinnen und Anwärtern. Weil wir 2017 mehr Ausbildungen begonnen haben, die nächstes Jahr zu Ende sind, als Polizistinnen und Polizisten, die in Ruhestand wechseln, müssen wir hier zunächst 640 zusätzliche Stellen einrichten.

Das ist für mich auch ganz klar ein Zeichen, wie attraktiv der Polizeiberuf ist. Dafür tun wir eine Menge. Nicht umsonst haben wir dieses Jahr mit dem Trendence-Siegel die Auszeichnung als attraktivster Arbeitgeber in NRW erhalten. Wir haben uns zwar bemüht, das bekanntzumachen, aber das hat die Öffentlichkeit nicht irre interessiert; deshalb unternehmen wir den Versuch hier noch einmal. Wir sollten wenigstens wissen, dass das eine tolle Auszeichnung für all diejenigen ist, die in der Polizei und im Innenministerium arbeiten. Es handelt sich um eine Umfrage unter Schülerinnen

und Schülern. Der Job ist also nicht nur interessant, sondern die Institution Polizei Nordrhein-Westfalen insgesamt.

Ebenfalls werden wir auch im kommenden Jahr wieder 500 Regierungsbeschäftigte einstellen, die die Polizei von Tätigkeiten entlasten. Damit bekommen wir noch mehr Kolleginnen und Kollegen auf die Straße an die Ermittlungsarbeit.

Wenn Sie jetzt sagen, dass das moderne Verbrechen hinter dem Rechner stattfindet, weil hier mehr erbeutet werden kann als mit einer geklauten Handtasche, haben Sie nicht unrecht. Uns bringen die sichersten Straßen nichts, wenn wir nicht in das Darknet des Verbrechens vorstoßen können. Hier wollen und müssen wir Licht ins Dunkel bringen.

Nicht nur das Abgreifen von persönlichen Daten und wirtschaftlich wertvollen Informationen, sondern auch der sexuelle Missbrauch findet im Netz statt. Da hilft uns nicht nur mehr Polizei auf der Straße; wir brauchen Spezialisten, für die das Internet kein Neuland ist, die uns eine effektive Strafverfolgung im Netz ermöglichen. Darum planen wir die Einstellung von 200 Experten bei der Polizei – nicht nur zur Datenauswertung, sondern auch für Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung im Kampf gegen Terror.

Aber was nützen uns die Spezialisten ohne Technik? – Die Verbesserung unserer Ausrüstung unter anderem mit moderner Hard- und Software ist uns deshalb zusätzliche 63 Millionen Euro wert. So wollen wir beispielsweise mit einer Analyseplattform schneller und effizienter Massendaten auswerten, die uns im Kampf gegen Kinderpornografie und Terrorismus helfen.

Polizeiarbeit ist nicht immer so spektakulär, wie es Fernsehkrimis vermuten lassen, aber gerade die vermeintlich weniger spannenden Aspekte sind oftmals die wichtigsten. Darum ist für mich auch die Anschaffung des modernsten Vorgangsbearbeitungssystems in der Bundesrepublik für die Polizei mit 8 Millionen Euro ein weiterer Baustein, um unsere Arbeitsfähigkeit zu verbessern.

Wir kennen das alle: Was man hat, muss gepflegt werden. Das gilt auch für digitale Infrastruktur bei der Polizei. 2020 wird uns das rund 90 Millionen Euro kosten; das sind pro Kopf und Monat rund 150 Euro Kosten, von denen Sie höchstwahrscheinlich in Ihrem Alltag nichts mitbekommen werden, die aber notwendig sind.

Damit spreche ich einen Punkt an, den jeder kennen muss, der über den Haushalt redet: Dadurch, dass wir bei der Digitalisierung Gas geben und mehr Personal einstellen, haben wir in den Folgejahren zusätzliche Mehrbelastungen. Diesen Weg haben wir begonnen, und das wird uns jedes Jahr wieder aufs Neue begleiten, so dass wir jedes Jahr mehr Finanzmittel brauchen.

Aber zurück zur Straße. Wir haben in diesem Jahr damit angefangen und werden es nächstes Jahr fortführen, nämlich die Ausrüstung unserer Polizei mit 20.000 Smartphones. Egal ob es der jetzt mögliche Dokumentenscan oder die Abfrage von Auskünften ist: Es kann nicht sein, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen bislang mit einer Ausrüstung unterwegs war, die eher Nostalgie heraufbeschwört, als dass sie ein hilfreiches Arbeitsmittel ist.

Verbunden mit dem Vorwurf, im Gestern verblieben zu sein, ist immer wieder Kritik an den föderalen Strukturen in unserem Land. Nicht nur im Bildungsbereich ist das so, sondern auch bei der inneren Sicherheit. Natürlich wissen wir auch, dass Verbrechen nicht an Landesgrenzen haltmachen. Das ist keine Neuerung des digitalen Zeitalters, auch wenn hier Raum und Zeit noch mal relativ werden. Darum bringen wir uns mit 11 Stellen in das Bundesprogramm „Polizei 2020“ ein, um die IT-Lösungen der Länder und des Bundes zu harmonisieren, denn wir wollen keinen Flickenteppich von IT-Systemen, die uns daran hindern zusammenzuarbeiten.

Ich habe jetzt viel zu Investitionen in die innere Sicherheit geredet. Das hat damit zu tun, dass mein Haus dort einen starken Schwerpunkt hat. Es hat aber nichts damit zu tun, dass ich die anderen Bereiche meines Hauses weniger spannend finden würde – im Gegenteil. Dieser Teil ist aber nun mal der größte, wie Sie alle wissen.

Die Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das sich durch alle Bereiche zieht, ebenso wie der Kampf um die Köpfe. Ich erzähle Ihnen allen nichts Neues, wenn ich auf die Folgen des Renteneintritts der Generation Babyboom hinweise. Das wird uns weiter beschäftigen. Gutes Personal ist schwer zu finden. – Dieser Spruch, so abgegriffen er ist, ist für uns leider eine Tatsache. Wir konkurrieren vermehrt um die zahlenmäßig kleiner werdenden Jahrgänge.

Darum müssen wir Angebote zur Weiterqualifizierung machen und Ausbildungsgänge überdenken. Neue Aufgaben bedeuten auch neue Anforderungen. Die hohen Ausbildungszahlen bei der Polizei sorgen auch dafür, dass bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung 55 neue Stellen für Lehrkräfte eingerichtet werden.

Bei den Bezirksregierungen kommen 223 Stellen neu hinzu. Sie sollen die Realisierung des Digitalpakts Schule, den Strukturwandel im Rheinischen Revier und die weitere Netzentwicklung bei Strom und Gas unterstützen. Das gehört also zu unserem Bereich, aber nicht zur inneren Sicherheit.

Jedes Jahr diskutieren wir über die Mittelverteilung, was wir wofür einkaufen und wo wir mehr Personal benötigen. Das bleibt nicht aus und ist auch richtig notwendig, denn immerhin geben wir das Geld aus, was unsere Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften.

Wir machen damit aber nicht irgendetwas; sind wir doch Dienstleister für unsere Gesellschaft. Wir stellen Güter zur Verfügung, ohne die Unternehmen nicht arbeiten könnten und die es den Menschen ermöglichen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

An dieser Stelle möchte ich auch betonen, dass wir auf die Eigenverantwortlichkeit der Menschen angewiesen sind. Damit meine ich das Ehrenamt. Wenn Menschen freiwillig ohne Gegenleistung ihren Dienst für unser Gemeinwesen leisten, ist das unbezahlbar. Vor allem im Brand- und Katastrophenschutz wären wir sonst nackt.

Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich, heute noch weniger als sonst. Darum gehört beim Kampf um Köpfe und Hände ganz klar auch die Unterstützung und Werbung für das Ehrenamt zu den wichtigen Akzenten, die wir im kommenden Jahr

setzen werden. Für Feuerschutz und Hilfeleistungen haben wir 3,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Ich möchte es bei diesen Ausführungen belassen; das ist bei über 6 Milliarden Euro nicht alles, wie Sie sich vorstellen können. Ich habe Ihnen die Schwerpunkte und auch die neuen Schwerpunkte dargestellt. Sehr viel läuft weiter und durch.

Ich hoffe aber, dass deutlich geworden ist, dass mit dem Haushaltsplan nicht nur schlagzeilentaugliche Investitionen angestoßen, sondern die Arbeitsfähigkeit von Polizei, Verwaltung sowie Brand- und Katastrophenschutz nachhaltig verbessert werden. Wir versuchen, diesen Weg Schritt für Schritt zu gehen. Wie von Anfang an angekündigt machen wir nicht alles auf einmal, sondern bauen aufeinander auf. Wir wollen uns auch nicht überheben, sondern werden die Projekte, die wir begonnen haben, über die Jahre hinweg fortführen und ausfinanzieren.

Es wird also nicht alles – weder Schutzwesten noch Bodycams noch Smartphones noch Autos – in einem Jahr abgeschlossen sein, sondern es handelt sich um einen Prozess, der über Jahre geht und uns jedes Jahr neues Geld kosten wird. Es ist aber sehr gut und klug investiertes Geld, was dazu dient, die Polizei in der modernen Zeit auch modern auszustatten.

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, die Obleute hätten sich darauf verständigt, heute keine Aussprache durchzuführen, sondern in der Ausschusssitzung am 7. November 2019 über die Änderungsanträge der Fraktionen sowie über Voten an den Haushalts- und Finanzausschuss abzustimmen. In dieser Sitzung finde dann auch die Aussprache über den Einzelplan 03 statt.

Zur Vorbereitung dieser Sitzung sei unter den Obleuten vereinbart worden, bis zum 10. Oktober schriftlich fixierte Fragen an das Ministerium zu übermitteln. Um die Antworten bei der Abfassung von Änderungsanträgen in einem fairen Austausch berücksichtigen zu können, äußere der Ausschuss den Wunsch an das Ministerium, die schriftliche Beantwortung bis zum 31. Oktober 2019 vorzulegen.